

L. Böttcher, E. Fricke, P. v. Kodolitsch, B. Leber, H. P. Richter, J. Schulz z. Wiesch

# „Strategien für Kreuzberg“

Bericht der Vorprüfergruppe über den Wettbewerb

Die Symptome der „Kreuzberger Krankheit“<sup>1)</sup> sind nicht neu und sie sind auch keine Berliner Spezialität. Sie wiederholen sich vielmehr in vielen anderen Städten: die Bausubstanz der alten Innenstadtbezirke verkommt, weil die Instandsetzung lange vernachlässigt und die Modernisierung unterlassen wurde; diejenigen der alteingesessenen Bevölkerung, die es sich leisten können, ziehen weg und machen Gastarbeitern Platz. So bleiben schließlich nur noch jene im Quartier, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind: Alte, Gastarbeiter, jene, die am Rande der „Wohlstandsgesellschaft“ leben müssen. Diese „Verschlechterung“ der Bevölkerungsstruktur wirkt sich auf das örtliche Gewerbe und auf die Investitionsbereitschaft der Hauseigentümer aus. Das Quartier wird ökonomisch uninteressant und verkommt daher immer weiter.

Die „Kreuzberger Krankheit“ unterscheidet sich nur insofern von der entsprechenden Quartiere anderer Städte, als hier die Probleme besonders krass zu Tage treten. Denn die Teilung Berlins hat diesen alten Stadtbezirk von der früheren City Berlins abgeschnitten, hat ihn an den Rand West-Berlins gedrängt.

Kreuzberg unterscheidet sich hier in SO 36, in dem Quartier rund um den ehemaligen Görlitzer Bahnhof, noch in anderer Hinsicht von anderen westdeutschen Innenstädten: hier wurde mit den „Strategien für Kreuzberg“ ein Experiment zur Revitalisierung eines Stadtteils gewagt, das – sollte es gelingen – eine Alternative zu der üblichen „Sanierung“ nach dem StBauFG zu bieten vermag.

## ZUR VORGESCHICHTE DER „STRATEGIEN FÜR KREUZBERG“

### Das Dilemma der bisherigen Sanierungspraxis

In den Problemen alter Stadtquartiere manifestiert sich die Unzulänglichkeit des bisher eingesetzten Instrumentariums. Die Frage nach angemessenen Erneuerungsstrategien für überalterte Wohnquartiere ist gegenwärtig noch nicht befriedigend beantwortet.

Die Sanierung von Altbaugebieten in Berlin hat seit Einleitung des ersten

Stadterneuerungsprogramms 1963 zum weitaus größten Teil aus Abriß und Neubau bestanden. Der Anteil der in Berliner Sanierungsgebieten bis Dezember 1973 erneuerten im Vergleich zu den abgerissenen Altbauten beträgt gerade 0,8 %.<sup>2)</sup>

Diese Erneuerungspraxis geriet in ein quantitatives Mißverhältnis zwischen Erneuerungsbedarf und Erneuerungstempo: Trotz eines vergleichsweise hohen Sanierungsvolumens in Berlin läuft der Alterungs- und Verfallsprozeß der Erneuerungsplanung davon.<sup>3)</sup> Selbst im Falle einer Realisierung des ersten Berliner Stadterneuerungsprogramms mit rund 60.000 WE bis zum Jahr 2000 würde sich allein in den sechs innerstädtischen Berliner Bezirken die Zahl der sanierungsbedürftigen Altbauwohnungen, die älter als 75 Jahre sind, von derzeit rund 200.000 auf rund 340.000 erhöhen<sup>4)</sup>. Dieses Volumen wäre auch mit einer forcierten Sanierung nach dem StBauFG nicht zu bewältigen.

Die finanziellen und verfahrensmäßigen Engpässe der traditionellen Sanierungspraxis, ihre unerwünschten Nebenfolgen und Konflikte sowie die gewaltigen Dimensionen des Erhaltungsproblems machen die Suche nach alternativen oder komplementären Lösungswegen zur dringlichen Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik.

Hier versuchten die Initiatoren des Wettbewerbs „Strategien für Kreuzberg“ (insbesondere der Kreuzberger Pfarrer Duntze) anzusetzen, indem sie sich ausdrücklich nicht auf eine Sanierung nach dem StBauFG festlegten, sondern eine „Revitalisierung“ des Quartiers mit anderen Mitteln und aus eigener Kraft anstrebten.

### Zur Durchsetzung der „Strategien für Kreuzberg“

Das Projekt „Strategien für Kreuzberg“ stieß zum Zeitpunkt seiner Planung und Ausschreibung zwar in ein planerisches Vakuum, rief aber dennoch den Widerstand der „Sanierer“ und „Entwicklungsplaner“ beim Senator für Bau- und Wohnungswesen hervor. Dort galt das Gebiet um den Görlitzer Bahn-

hof als dasjenige, das die gravierendsten Mißstände in ganz Berlin aufwies, und das Gebiet nördlich des Bahnhofs wurde sogar als „Sanierungsverdachtsgebiet“ in das 2. Stadterneuerungsprogramm aufgenommen. Doch angesichts der knappen Finanzen des Landes Berlin blieb völlig offen, wann dieses Gebiet Gegenstand von „Vorbereitenden Untersuchungen“ nach dem StBauFG werden sollte, und das Quartier südlich des Bahnhofs, das kaum geringere Mißstände aufweist, konnte erst gar nicht in das 2. Stadterneuerungsprogramm aufgenommen werden.

Trotz dieser Lage waren die „Sanierer“ und „Entwicklungsplaner“ nicht bereit zu akzeptieren, daß der rapide Verfall des Gebietes dazu nötigte, nicht erst die Ergebnisse langwieriger und schwieriger Planungsprozesse abzuwarten. Um den Verfall zu stoppen, mußten Maßnahmen ergriffen werden, bevor die Ziele und Notwendigkeiten der künftigen Sanierungs- und Stadtentwicklungsplanung nach regionalen und zeitlichen Prioritäten differenziert und aufeinander abgestimmt werden konnten.

Obwohl die „Strategien für Kreuzberg“ gegen den Widerstand der „Sanierer“ und „Entwicklungsplaner“ beim Bausenator politisch durchgesetzt werden konnten (die Initiatoren des Wettbewerbs fanden vor allem die Unterstützung der Kreuzberger SPD), blieb der grundsätzliche Konflikt ungelöst. Auslober und Betreiber des Vorhabens gingen nach wie vor von zwei recht unterschiedlichen Zielsetzungen aus:

Der Auslober sieht in den „Strategien für Kreuzberg“ vor allem einen für ihn unverbindlichen Ideenwettbewerb, während die Betreiber hier eine Chance sehen, über die Entwicklung neuer Ideen zu einem Verbesserungskonzept zu kommen, das sich vom herkömmlichen Sanierungsverfahren unterscheidet, das sich auch baulich-räumlich und nicht nur im sozialen Bereich ausdrückt, wie es der Auslober erwartete.

Der Ausschreibungstext spiegelte diesen ungelösten Konflikt wider. Der Auslober, so wird dort formuliert, verzichtete bewußt „auf eine einheitliche Abstimmung bei der Einschätzung des Gebietes“, und unter den „Zielvorstellungen“ wurden die „zum Teil konträren Ziele und

Strategien“ der verschiedenen Initiatoren des Wettbewerbs aufgenommen.

### Die Wettbewerbskonzeption

Aus der Vorgeschichte der Wettbewerbsausschreibung, den unterschiedlichen Interessen der beteiligten Träger und dem latenten Bedürfnis der planenden Verwaltung, ihre städtebaulichen und baulichen Konzeptionen möglichst unbehindert weiterverfolgen zu können, ergaben sich gegenüber üblichen städtebaulichen Wettbewerben unterschiedliche Zielsetzungen.

- Der Wettbewerb sollte keine städtebaulich-gestalterischen Lösungen, sondern in erster Linie gesellschaftspolitische bzw. instrumentelle Lösungsansätze erbringen.
- Die zu erarbeitenden Wettbewerbsbeiträge sollten nicht auf ein fest umrissenes Planungsziel hinauslaufen, sondern Schritte für eine prozeßhafte Veränderung der bestehenden Lebens- und Wohnverhältnisse im Quartier aufzeigen.
- Gesucht wurde nach einer umfassenden Problembewältigung, bei der städtebaulichen Vorschlägen und Aspekten ein untergeordneter Stellenwert zukommen sollte, soweit diese nicht „strategische“ Bedeutung haben würden.
- Im Rahmen der Vorstellung einer prozeßhaften Veränderung des Quartiers weitgehend aus eigener Kraft, wurde besonders nach Modellen zur Motivierung und Aktivierung der Bevölkerung gesucht, die eine institutionalisierte Bürgerbeteiligung ermöglichen sollten. Dieser Anspruch wurde mit der Einrichtung der Projektkommission, in der Bürgervertreter majorisierenden Sitz und Stimme hatten, schon vorab glaubhaft unterstrichen.
- Der Wettbewerb zielte nicht auf alternative „beste Modelle der Stadterneuerung“ ab, aus denen dann die besten herauszufiltern wären (vergl. Bauwelt 15/1977), sondern sollte Lösungsansätze zu allen Teilbereichen des Lebens im Quartier erbringen – sei es in Form von (theoretischen) Modellen oder Lösungen in Teilbereichen, die zu einem übergreifenden Gesamtkonzept einer Vor-gehensweise zusammengefaßt werden können.

### VERFAHRENSMODELL DER „STRATEGIEN FÜR KREUZBERG“

#### Aufgaben des Wettbewerbs

Die Teilnehmer des Wettbewerbs wurden aufgefordert, für die **Wiederbelebung** des Gebietes um den ehemaligen Görlitzer Bahnhof in Berlin-Kreuzberg, auf der Grundlage bestehender kommunaler Rah-

menbedingungen, „Ansätze zu neuen Zielvorstellungen“ zu entwickeln, bzw. „vorhandene Perspektiven“ aufzugreifen und „realisierbare Programmansätze“ zu machen, die auf ein besseres Miteinanderleben der Bevölkerung, auf eine wachsende Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier und auf die Weckung und Stützung des Investitionswillens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen abzielten.

Die zentralen Anliegen der „Strategien für Kreuzberg“ waren somit:

- die Verbesserung der Wohnsituation in SO 36,
- der Abbau der bestehenden sozialen Konflikte,
- und die Bürgerbeteiligung.

Die Bürgerbeteiligung sollte auf mehreren Ebenen verwirklicht werden:

„**Mitwirken** sollten die Bewohner im Rahmen des Wettbewerbs durch eigene Verbesserungsvorschläge und Programme.

**Mitentscheiden** sollten sie in der Projektkommission bei der Auswahl und Bewertung der Wettbewerbsbeiträge.

**Mitdenken** sollten die Bewohner in den ausgewählten Projektgruppen an den Lösungsmöglichkeiten für die offensichtlichen sozialen und baulichen Probleme im Quartier.

**Mitarbeit** sollen die Bewohner bei der Durchführung der von der Projektkommission als realisierbar ausgewählten Modernisierungsprogramme.“<sup>6</sup>)

#### Projektorganisation

Der Wettbewerb „Strategien für Kreuzberg“ wurde *zweistufig* angelegt, d.h. die Verfasser der in der ersten Wettbewerbsphase ausgewählten Arbeiten erhielten keinen Preis, sondern sollten beauftragt werden, gegen Honorar ihre Vorstellungen in der 2. Phase zu konkreten Projekten zu entwickeln.

**Auslober** des Wettbewerbs war das Land Berlin, vertreten durch den Senator für Bau- und Wohnungswesen, in Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (Berlin West).

Juriert wurden die Wettbewerbsbeiträge in der ersten und die Arbeit der ausgewählten Projektgruppen in der zweiten Wettbewerbsphase von der *Projektkommission*. Diese bestand aus 34 Mitgliedern; ein Drittel davon stellten das Bezirksamt Kreuzberg und der Berliner Senat; zwei Drittel wurden aus Bewohnern des Quartiers ausgewählt. Diese zwei Drittel setzten sich folgendermaßen zusammen:

- 8 Mitglieder benannten die im Ausschreibungsgebiet tätigen Aktivgruppen.
- 14 Mitglieder vertraten die Mieter, die Arbeitnehmer, die Senioren, das Gewerbe, die Ausländer, die Jugendlichen und die Ausbilder des Quartiers. Diese 14 Bürgervertreter wurden vom

Auslober aus drei Vorschlagslisten ausgelost (zwei davon stellten die Initiatoren des Wettbewerbs – Kirche und Bezirksamt – zusammen, eine entstand nach einem Stichprobenverfahren aus der Kartei der Kreuzberger Volkshochschule).

Die fachliche und organisatorische Zusammenarbeit für die Projektkommission leisteten zum einen die Vorprüfer („*Vorbereitungsguppe*“) und zum anderen der vom Auslober benannte *Koordinator* des Wettbewerbs mit seinem *Quartiersbüro*.

#### Auswahlverfahren

Der Wettbewerb „Strategien für Kreuzberg“ sollte zwar entsprechend den „Grundsätzen und Richtlinien für Wettbewerbe“ (GRW) durchgeführt werden, doch stellte es sich schnell heraus, daß die GRW den Besonderheiten dieses Wettbewerbs nicht gerecht zu werden vermochten:

- Menge und Umfang der eingereichten Arbeiten (129 Arbeiten mit bis zu 30 Seiten Umfang) zogen den Entscheidungsprozeß erheblich in die Länge (vom 2.6. bis 16.8.77 dauerte die erste Wettbewerbsphase). Das sonst übliche Verfahren, nach wenigen Sitzungen eine Entscheidung zu treffen, war somit nicht durchführbar.
- Ein weiteres Problem bildete die Form der Arbeiten. Da es sich nicht um die sonst üblichen Pläne und Modelle handelte, sondern zum großen Teil um komplizierte und lange Texte, mußte der Wettbewerbsjury Zeit zum Studium dieser Texte eingeräumt werden.
- Da sich das Preisgericht nicht wie sonst üblich aus lauter Fachleuten zusammensetzte, sondern in der Mehrheit aus Laien, mußte es erst lernen, Arbeiten dieser Art zu beurteilen.

Die Handhabung der GRW mußte diesen Sonderbedingungen angepaßt werden, was nicht immer leicht war. Denn einerseits drohte die allzu strenge Einhaltung der GRW das Verfahren zu sehr einzuzengen, während andererseits eine allzu lockere Handhabung der GRW zu Einsprüchen und zur Annullierung des Wettbewerbs hätte führen können.

### DER ENTSCHEIDUNGSPROZESS: 1. WETTBEWERBSPHASE

#### Die Auswahl der Arbeiten

*Die Wettbewerbsbeiträge und ihre Verfasser*

Drei Monate nach der Ausschreibung des Wettbewerbs zeichnete sich zum Abgabetermin am 13.5.77 folgendes Ergebnis ab:

245 Einzelteilnehmer – zum überwiegenden Teil in Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt –

sowie 8 Gruppen (Parteigruppen, Kirchengemeinden, Schulklassen, Gemeinwesenarbeits-teams), insgesamt also etwa 300 Personen, hatten 129 Arbeiten als Wettbewerbsbeiträge eingereicht.

Die Form der Arbeiten reichte vom handgeschriebenen Brief älterer Bürger aus dem Quartier bis zu ausführlichen Exzerpten wissenschaftlicher Arbeiten von Studenten, vom Profi-Planentwurf bis zu Wandzeitungen von Bürgerinitiativen.

Die Inhalte der Arbeiten konzentrierten sich auf folgende Bereiche:

Bürgerbeteiligung	26%	} 70%
Städtebauliche Konzepte	17%	
Bürgerbeteiligung und städtebauliche Konzepte	27%	
Detailvorschläge zu Einzelprojekten	25%	
Sonstige	8%	

Eine „Soziologie“ der Teilnehmer wird durch die nur unvollständig vorliegenden persönlichen und beruflichen Daten erschwert.

Die Zuordnung zu bestimmten Berufsgruppen ergibt dennoch eine gute Übersicht über die qualifikationsbezogene Teilnehmerstruktur:

Architekten/Planer	36%
Sozialwiss./Sozialpäd.	14%
sonstige Wissensch.	5%
Andere	3%

Regionale Zuordnung: die meisten Teilnehmer kamen aus Berlin (71%). Die Teilnehmerquote des Quartiers SO 36 lag bei 12%.

Berlin		
SO 36	12%	} 71%
Bln.-61 Kreuzberg	10%	
andere Bezirke	49%	
Westdeutschland	19%	
Ausland	10%	

Die offene Ausschreibung des Wettbewerbs war ein erster Schritt hin zu einer breiteren Beteiligung der Öffentlichkeit an Planungsproblemen, die Ausschreibung selbst jedoch war kaum geeignet, diesen Anspruch erfolgversprechend umzusetzen. Aufbau, Umfang und Stil der Ausschreibung waren fast nur dem Fachmann verständlich und daher konnte sich die Erwartung, von Laien verwertbare Wettbewerbsbeiträge zu erhalten, nicht erfüllen. Ein problemdeckender, umfassender Lösungsansatz, wie er nach dem in der Ausschreibung vorgegebenen Kriterien- und Bewertungskatalog hätte erarbeitet werden müssen, war von Laien nicht zu leisten. Der Zielkonflikt, einerseits inhaltliche, praktikable, d.h. umsetzbare Lösungsansätze geliefert zu bekommen und andererseits der Wunsch nach einer regen Beteiligung breiter Bevölkerungskreise mit der entsprechenden Repräsentation auch im Spektrum der honorarwürdigen Arbeiten, blieb unauflösbar.

Es ist unrealistisch anzunehmen, daß vom weitgehend uninformierten und ungeschulten Bürger Lösungsansätze erarbeitet werden können, die der Komplexität eines Problems wie Kreuzberg SO 36 gerecht werden könnten. Wenig über-

schend war es daher auch, daß sehr viele Arbeiten reine Wunschkataloge waren, deren Inhalte nur selten auf Sinnfälligkeit oder Durchführbarkeit hin untersucht und beschrieben waren.

Es ist zu vermuten, daß ein Wettbewerb als Abschluß und Erfolgskontrolle eines breit angelegten und wenigstens einige Monate dauernden Informationsprogramms mit einer genaueren Definition der erwarteten Wettbewerbsbeiträge ein besseres Ergebnis zur Folge hätte. Dennoch war die offene Ausschreibung ein Erfolg, weil ein großer Teil der honorarwürdigen Arbeiten zwar nicht von Laien an sich, aber von Laien im Selbstverständnis des Auslobers, einer Bauverwaltung, verfaßt worden waren. Arbeiten von Planern und Architekten wurden in der Beurteilung zwar zu Anfang relativ hoch eingestuft, schiedens später jedoch meist wegen ihres übersteigerten Anspruchs an Lösungskompetenz schließlich aus.

#### Schritte des Auswahlverfahrens

Die Projektkommission stand bei der Auswahl der Arbeiten vor einem doppelten Problem. Sie sollte nicht nur in drei Monaten insgesamt 129 Arbeiten überprüfen und bewerten, sondern sie sollte auch das Auswahlverfahren und die Auswahlkriterien bestimmen, nach denen die besten Arbeiten herausgefiltert werden sollten.

#### Prinzipien des Auswahlverfahrens

Auf Vorschlag der Vorbereitungsgruppe entschloß sich die Projektkommission dazu, zwei Kategorien von Arbeiten zu bilden:

- Der Kategorie „nicht wettbewerbsfähig“ wurden all jene Arbeiten zugeordnet, die im Vergleich mit den übrigen Arbeiten und mit den Wettbewerbsbedingungen für eine Auftragsvergabe in der zweiten Wettbewerbsphase nicht in Betracht kamen. Dies waren Arbeiten, die den spezifisch Kreuzberger Verhältnissen nicht gerecht zu werden vermochten, die die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs sprengten (indem sie Flächen-sanierungen, die Änderung der Verfassung, den Abriß der Mauer o.ä. vorschlugen), die keine klaren Ziele formulierten oder die Wege nicht zeigen konnten, auf denen die angegebenen Ziele erreicht werden sollten.
- Der Kategorie „grundsätzlich wettbewerbsfähig“ wurden darauf jenen Arbeiten zugeordnet, die nach diesen mehr formalen Kriterien nicht ausgeschlossen werden konnten. Für die Auswahl der besten Vorschläge zur Revitalisierung von SO 36 wurden dann anhand der einzelnen Arbeiten Maßstäbe entwickelt wie: die Bürgerbeteiligung dürfe sich nicht in Anwaltsplanung erschöpfen, müsse projektgebunden und nicht nach schematischen Vertretungsmustern erfolgen; die Bürger seien nicht mit abstrakten Konzeptionen, sondern nur durch konkrete, ihre Lebensbedingungen unmittelbar betreffende Projekte zur Mitarbeit zu motivieren usw.

Damit gute Vorschläge, die aus Arbeiten

stammten, die ausgeschieden werden mußten, nicht verloren gingen, wurde auf Vorschlag der Vorbereitungsgruppe die „Vorschlagsliste“ eingerichtet. Diese Liste guter Vorschläge sollte den Auftragnehmern der zweiten Wettbewerbsphase übergeben werden. Damit wollte die Projektkommission insbesondere den meist nicht wettbewerbsfähigen Beiträgen von Bürgern aus dem Quartier selbst gerecht werden.

#### Die Ausscheidungsrunde

Das Auswahlverfahren war anfangs, wo es darum ging, die nicht wettbewerbsfähigen Arbeiten auszuschneiden, vor allem von folgenden Problemen belastet:

- Der Konflikt um die Feuerwache (vgl. unten) führte zu einem tiefen Mißtrauen zwischen Vertretern der Bürger und der Verwaltung in der Projektkommission.
- Die Bürger, aber auch die Verwaltung, für die diese Art von Wettbewerb ja auch neu war, mußten erst lernen, Wettbewerbsbeiträge zu lesen, zu verstehen und zu bewerten, die sich mit so speziellen Fragen wie Stadtplanung, Bürgerbeteiligung, Kommunalpolitik, Genossenschaftsrecht, Finanzierungsalternativen für Modernisierung und Instandsetzung, Sozialarbeit usw. befaßten.
- Die Projektkommission war dabei auf die Hilfe und den Rat der Vorprüfer (Vorbereitungsgruppe) angewiesen, denen insbesondere die Bürger in der Projektkommission nicht trauten. Dieses Mißtrauen war nicht nur das Resultat der weitverbreiteten Abneigung gegen die Besserwisseri von Fachleuten und Akademikern, sondern auch das Resultat des Umstands, daß die Vorbereitungsgruppe vom Auslober (d.h. der Verwaltung) honoriert wurde und der Unkenntnis der Bestimmungen der GRW über die Unabhängigkeit der Vorprüfer.

Während die Bürger in der Projektkommission in der Auseinandersetzung um die Feuerwache schnell lernten, sich kritisch mit den Planungen der öffentlichen Hand auseinanderzusetzen und so erste, zur Weiterarbeit motivierende Erfolgserlebnisse hatten, schien es bei der Diskussion um die auszuschneidenden Wettbewerbsbeiträge lange so, als sollte das Auswahlverfahren vor allem durch die Vorbereitungsgruppe bestimmt werden.

Die Vorbereitungsgruppe hatte in Kenntnis aller Arbeiten insgesamt 85 Arbeiten für die Ausscheidungsrunde ausgewählt und stellte diese, jeweils 20 in einer Sitzung, der Projektkommission zur Beurteilung vor. Dabei zeigte es sich, daß meist nur wenige Mitglieder der Projektkommission die Gelegenheit genutzt

hatten, im Quartiersbüro des Auslobers die dort ausliegenden Arbeiten zu lesen. So verließ sich die Projektkommission auf das Urteil der Vorprüfung – paradoxerweise, obwohl sie diesem mißtraute – und nur diejenigen Arbeiten wurden nicht ausgeschieden, die einen einflußreichen Advokaten in der Projektkommission fanden (allerdings genügte zu Anfang eine Stimme, um die Arbeit im Wettbewerb zu lassen, bzw. später ein Drittel der Stimmen).

Die Mängel dieses Verfahrens waren offensichtlich, zumal seine „Opfer“ häufig die nicht wettbewerbsfähigen Arbeiten von Bürgern aus dem Quartier waren. In der Projektkommission wie in der Vorbereitungsgruppe breitete sich ein immer stärkeres Unbehagen über dieses Verfahren aus. Zwar wuchs das Vertrauen der Projektkommission in die Vorbereitungsgruppe, da diese keine Versuche unternahm, ihre Informationen zu monopolisieren und die Projektkommission so zu manipulieren. Dem Selbstverständnis der Projektkommission entsprach diese Abhängigkeit von der Vorbereitungsgruppe jedoch keineswegs und so suchte man nach Aushilfen:

- Der Auslober wurde aufgefordert, die Arbeiten herauszugeben, damit die Mitglieder der Projektkommission diese auch zu Hause lesen konnten. Der vom Auslober eingesetzte Koordinator des Wettbewerbs weigerte sich zunächst, diese Forderung zu erfüllen. Er sah die Gefahr, die von den GRW geforderte Vertrauenspflicht bei der Behandlung der Arbeiten könnte hier verletzt werden.
- Die oben erwähnte „Vorschlagsliste“ wurde eingeführt, damit insbesondere die Vorschläge der Bürger nicht verloren gingen.
- Die Vorbereitungsgruppe ging dazu über, jenen Mitgliedern der Projektkommission, die, um die Arbeiten zu lesen, ins Quartiersbüro kamen, nicht nur jene Arbeiten, die bei der nächsten Sitzung „dran“ waren, sondern auch solche vorzulegen, die sie als grundsätzlich wettbewerbsfähig ansah. So konnte sich jedes Mitglied selbst ein Bild davon machen, wie die von der Vorbereitungsgruppe entwickelten und von der Projektkommission beschlossenen Auswahlkriterien in der Praxis angewandt wurden, ohne daß jedes Mitglied jede Arbeit gelesen haben mußte.

Die Auseinandersetzung über die Herausgabe der Arbeiten war eine erste Kraftprobe zwischen der Projektkommission und dem Vertreter des Auslobers. Besonders für die Bürgervertreter war diese Forderung substantiell, um den Anforderungen des Wettbewerbs nachkommen zu können. Unter Hinweis auf die Ungewöhnlichkeit des Wettbewerbs (Bürger in der Jury, Umfang und inhaltliche Heterogenität der Arbeiten) und mit entsprechendem Druck (Brief an den Senator für Bau- und Wohnungswesen) gelang es den Bürgervertretern schließlich, ihre Forderung durchzusetzen.

Von der neuen Regelung waren aller-

dings die Vertreter der Verwaltung ausgenommen, da angenommen wurde, daß für diese die Arbeit in der Projektkommission weitgehend in die Dienstzeit fiel. Diese Entscheidung stieß aber bis zum Schluß des Verfahrens ständig auf Kritik bei den Verwaltungsvertretern, da diese faktisch wie die Bürger einen großen Teil ihrer Freizeit der Arbeit in der Projektkommission opfern mußten. Die Regelung trug allerdings dem Umstand Rechnung, daß in einem Verfahren mit Bürgerbeteiligung nicht grundsätzlich von einer formalen Gleichbehandlung der Teilnehmer auszugehen ist, sondern den Bürgern zusätzlich Vorteile einzuräumen sind, um das Informationsdefizit gegenüber der Verwaltung zumindest ansatzweise auszugleichen.

### Auswahl der „besten“ Arbeiten

#### (1) Das Auswahlverfahren

Der Auswahl der besten Arbeiten kam nicht nur zugute, daß nun die Arbeiten ausgeliehen und somit abends und an den Wochenenden bearbeitet werden konnten, sondern es wurden noch folgende neue Instrumente zur Intensivierung der Arbeit eingesetzt:

Lesezirkel wurden auf Vorschlag der Vorbereitungsgruppe eingerichtet. Diese wurden gut besucht, weil die Projektkommission inzwischen erfahren hatte, daß sie ihrer Aufgabe nur dann gerecht zu werden vermochte, wenn sie sich den Inhalt der Wettbewerbsbeiträge intensiv erarbeitete. In den Lesezirkeln wurde gemeinsam gelesen und bestimmte Probleme zusammen mit der Vorbereitungsgruppe diskutiert.

Statt wie zuvor nur einmal die Woche zu tagen, wurde auf Vorschlag der Vorbereitungsgruppe beschlossen, die für die Endrunde verbleibenden 47 Arbeiten an zwei Wochenenden zu erörtern. Die Projektkommission teilte sich in 5 Ausschüsse auf (wobei der im Plenum geltende Proporz gewahrt blieb), die jeweils 9 bzw. 10 Arbeiten hauptgutachtlich diskutieren und zu einer gleichen Anzahl von Arbeiten als Kontrollausschuß Stellung nehmen sollten. Jeder Ausschuß sollte diejenigen Arbeiten benennen, die seiner Ansicht nach für eine Auftragsvergabe in Frage kamen. Stimmten der federführende Ausschuß und der Kontrollausschuß überein, stimmte das Plenum entsprechend ab. War dies nicht der Fall, wurde noch einmal im Plenum beraten. So blieben für die Endauswahl schließlich 22 Arbeiten übrig, von denen in weiteren Plenardebatten insgesamt 11 für die 2. Wettbewerbsphase ausgesetzt wurden, wofür die Mehrheit der abgegebenen Stimmen genügte.

Zusätzliche Fachleute wurden zu den Beratungen hinzugezogen, um die Finanzierungsmodelle für Modernisierung und Instandsetzung beurteilen zu können. Außerdem standen der Projektkommission in der Endphase ein Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und der Sanierungsbeauftragte von Hamburg-Otten- sen zur Beratung zur Verfügung.

#### (2) Charakteristika dieser Runde

Eine wichtige Rolle spielten diejenigen Vertreter der Bürger und Aktivgrup-

pen, die fast sämtliche Arbeiten gelesen hatten, aktiv am „Stammtisch“ (vgl. unten) teilnahmen und Diskussionen in der Projektkommission vorstrukturierten. Der Verwaltung, die derartige Anstrengungen zur Vereinheitlichung der Positionen offensichtlich nicht unternahm, standen so Bürger gegenüber, die wußten, was sie wollten und sich auch artikulieren konnten. Die Auswahl der prämierten Arbeiten und die sich daraus abzeichnende Gesamtstrategie für SO 36 ist wesentlich auf das Engagement dieser Bürgervertreter zurückzuführen.

Die Rolle dieser opinion-leader führte aber nicht dazu, daß sich die übrigen Kommissionsmitglieder völlig abstinenter verhielten: Wortmeldungsstatistiken der letzten Beurteilungsrunde zeigen, daß sich fast alle Mitglieder zu Wort gemeldet haben und so auch kritische Punkte sehr gut bewerteter Arbeiten diskutiert und angemerkt wurden.

Die Möglichkeit zur verhältnismäßig offenen Diskussion in der Projektkommission wurde auch durch die fehlenden Planungsvorstellungen von Seiten des Senats und des Bezirksamtes gegeben. Es stand niemand unter dem Druck, seine bereits vorhandenen Vorstellungen für das Gebiet verteidigen oder alternative Konzepte abwehren zu müssen. Nur so lassen sich auch die Abstimmungsergebnisse über die letzten Arbeiten erklären. Es bildeten sich niemals Fronten zwischen Bürgern und Verwaltung (sei es Bezirksamt oder Senat).

#### (3) Auswahlkriterien

Obwohl die Vorbereitungsgruppe für die Endauswahl der Wettbewerbsbeiträge einen Kriterienkatalog aus den übriggebliebenen Arbeiten entwarf, wurde dieser Entwurf von der Projektkommission nicht mehr diskutiert und verabschiedet. Es blieb wie mehr den Ausschüssen überlassen, ob sie diesen Katalog anwenden wollten oder nicht. Auch in den folgenden Plenardebatten entwickelten sich die Kriterien eher aus der Diskussion und dem Vergleich der Arbeiten untereinander als aus einem vorformulierten Kriterienkatalog. Folgende Maßstäbe bestimmten dabei das Urteil der Projektkommission:

#### allgemeine Kriterien:

Die Projektkommission war sich darin einig, daß für die letzten 11 Arbeiten nur diejenigen in Betracht kommen, die sich nicht in langatmigen theoretischen Erwägungen ergehen, die nicht nur allgemeine Gesellschaftsanalyse betreiben, sondern die realisierbare Strategien für Kreuzberg liefern. Als realisierbar hatten dabei vor allem jene Arbeiten zu gelten, die sich der Konfliktmöglichkeiten bewußt waren und hierfür Lösungsmöglichkeiten anzubieten hatten, die die Träger von Maßnahmen benennen konnten, die im Rahmen der

Gesamtstrategie wichtige Einzelregelungen vorschlugen usw.

#### *Kriterien für Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung:*

Besonderen Wert legte die Projektmission darauf, daß kein Beteiligungsmodell prämiert werden sollte, das nicht auch realisierbare Aktivierungsvorschläge zu machen hatte, das nicht auch die bereits vorhandenen Aktivkräfte im Quartier miteinbezog. Aktivierungsstrategien, die auf irgendeine Weise auf „Anwälte“ zurückgriffen, mußten angeben können, welche Funktionen diese haben, wie die Bürger lernen können, einmal auch ohne Anwälte fertig zu werden usw.

#### *Kriterien für baulich-räumliche Maßnahmen:*

Hier achtete die Projektmission vor allem darauf, daß SO 36 als Billigwohnquartier erhalten bleiben sollte, daß die derzeitigen Mieter nicht verdrängt werden sollten, daß SO 36 nicht Sanierungsgebiet werden sollte und daß bei allen Einzelmaßnahmen die Bürger umfassend zu beteiligen sind.

#### *Kriterien für den Sozial- und Ausbildungsbereich:*

Schwerpunkt der Arbeit der Projektmission war hier die Suche nach Lösungen zur Integration der Ausländer (was auch die „Einheimischen“ als Zielgruppe einschließt), zur Verbesserung der Situation der Alten und der arbeitslosen Jugendlichen.

### **Der Wettbewerb im politischen Umfeld**

Bereits in der Anfangsphase ihrer Arbeit wurde der Projektmission bewußt, daß sie ihre Entscheidungen nicht in strenger Klausur und Abschirmung vom politischen Umfeld treffen kann, denn die Planungen von Bezirk und Senat liefen weiter, einzelne Rahmenbedingungen veränderten sich. Die Projektmission übernahm daher von Beginn ihrer Arbeit an ein politisches Mandat und bezog Stellung zu aktuellen, das Gebiet betreffenden Fragen.

Zu einer frühen Belastungsprobe für das gesamte Wettbewerbsverfahren wurde der Konflikt um den Abbruch des alten Pumpwerkes und der ehemaligen Feuerwache in der Reichenberger Straße.

Die Planungen des Bezirks und der Berliner Entwässerungswerke sahen seit längerem für das umstrittene Gelände des alten, baulich wertvollen Pumpwerkes und der ehemaligen Feuerwache den Neubau einer Sporthalle und eines Kinderzentrums sowie eines Mischwasserklärbeckens vor. Eine erste Bausumme von 500.000 DM wurde für 1977 bereitgestellt. In der Wettbewerbsbroschüre (S.15) sind diese Bauvorhaben entsprechend ausgewiesen.

Der Abriß des Pumpwerkes am 12.5.77 stieß nicht nur auf Proteste von Denkmalschützern und öffentlicher Meinung, sondern führte zu einer kurzfristigen Besetzung durch Demonstranten, die in der leerstehenden angrenzenden Feuerwache eine Art Stadtteilzentrum für Aktivgruppen aufzubauen begonnen hatten und um

die Erhaltung ihres Domizils fürchteten.

Die von Aktivgruppen im Wettbewerb eingereichten und in der Projektkommission vorweg diskutierten Alternativvorschläge für die Bebauung des Geländes versuchten, die Planung der Sporthalle und des Klärbeckens mit einer Erhaltung der Feuerwache zu vereinbaren. Der Bezirk war aber offenbar nicht bereit, seine Planungen zu diesem Zeitpunkt noch einmal zur Disposition zu stellen, obwohl die der Projektkommission präsentierten Verwaltungspläne unter den kritischen Fragen der Bürger deutlich an Überzeugungskraft verloren. Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen war schließlich der Abriß der Feuerwache unter massivem Polizeieinsatz im Morgengrauen des 14. Juni, wenige Stunden, bevor das Obergericht über den Einspruch von Anwohnern gegen die Abrißpläne zu entscheiden hatte. Dieses Vorgehen des Bezirksamtes führte nicht nur zu Protesten des Vorsitzenden Richters am OVG und einem Abwahantrag der Kreuzberger FDP gegen Bezirksbürgermeister (SPD) und Baustadtrat (CDU), sondern auch zu einer schweren inneren Krise in der Projektmission, der sowohl der Bürgermeister wie auch der Baustadtrat mit Sitz und Stimme angehörten.

Das Vertrauensverhältnis zwischen den „Fraktionen“ der Projektmission war gestört, zwei der drei Vorsitzenden der Kommission zogen sich zeitweilig aus ihrer Funktion zurück. Die Bürgervertreter in der Projektmission fühlten sich vom Bezirk überfahren und interpretierten diesen Vorgang als böses Omen für die künftige Durchsetzungskraft ihrer eigenen Arbeit gegenüber den eingefahrenen Entscheidungsprozeduren der Bürokratie.

Der Ablauf des Konfliktes um Pumpe und Feuerwache machte exemplarisch auf einige zentrale politische Konfliktlinien zwischen zentraler Senatsplanung und dezentraler Bezirksplanung sowie zwischen den politischen Parteien aufmerksam, in deren Schnittpunkte das Wettbewerbsverfahren geriet. Das Bestreben der Bezirke nach Sicherung und voller Ausschöpfung der ihnen verbliebenen Kompetenzen gegenüber der Senatsverwaltung führte zu einer distanzierten Haltung von Bezirkspolitikern gegenüber dem vom Bausenator getragenen Wettbewerb. Der Bausenator mußte sich der Kompetenzlage entsprechend darauf beschränken, das Vorgehen des Bezirksamtes beim Abriß der Feuerwache zu mißbilligen, ohne selbst intervenieren zu können.

Verschärft wurde dieser latente Konflikt zwischen Senat und Bezirk durch die parteipolitische Konstellation. Das in der Berliner Bezirksverfassung verankerte Prinzip der Beteiligung aller Parteien an den politischen Wahlämtern entsprechend

ihrer Stärke in den Bezirksverordnetenversammlungen sichert auch der jeweiligen Oppositionspartei – in Kreuzberg der CDU – eine Machtbasis im Bezirk. Der Kreuzberger Baustadtrat (CDU) machte aus seiner distanzierten Haltung gegenüber dem Wettbewerb kein Hehl, wurde allerdings beim Abriß der Feuerwache vom Bezirksbürgermeister (SPD) gedeckt. Administrative und parteipolitische Rivalitäten überlagerten sich und begrenzen so von vornherein den Handlungsspielraum der Projektkommission und der Projektgruppen auf eine Strategie des kleinsten gemeinsamen Nenners.

Wie schwierig es ist, in laufende Verwaltungsentscheidungen einzugreifen, mußte die Projektmission erfahren, als sie im Oktober 1977 versuchte, ein leerstehendes, denkmalswertes und überdies als potentielles Stadtteilzentrum nutzbares Haus (Spreewaldplatz 10) zu erhalten, für das Abrißgenehmigung und neue Baugenehmigung bereits vorlagen. Der in der Tagespresse bereits voreilig gemeldete erste größere Erfolg der „Strategien“ (Tagesspiegel vom 13.10.77) stellte sich nicht ein: Die erteilten Genehmigungen hätten nur unter dem Risiko hoher Regreßansprüche der Bauherren zurückgezogen werden können, Bausenator und Landeskonservator mußten passen. Immerhin wurde die Projektmission ausführlich über Vorgeschichte und Verlauf der gescheiterten Rettungsversuche informiert. Die gemeinsame Einsicht in die durch Vorentscheidungen zementierten „Sachzwänge“ – das Haus wurde im November 1977 abgerissen – schlug sich jedoch nicht in Resignation sondern in einem Votum für geschärfte Wachsamkeit gegenüber Abrißbestrebungen im Quartier nieder.

### **Die Wettbewerbsergebnisse**

Insgesamt 11 Arbeiten wurden von der Projektmission ausgewählt, die in einer zweiten Wettbewerbsphase von ihren Verfassern weiter konkretisiert und auf ihre Realisierbarkeit überprüft werden sollten. Die Auswahl war bestimmt von dem Wunsch, Lösungsansätze möglichst für das gesamte Kreuzberger Problemspektrum aufzuzeigen, die miteinander kombinierbar sind und erst in ihrer Gesamtheit die „Strategie“ ausmachen.

### *Bürgeraktivierung und -beteiligung*

Das zentrale Anliegen der „Strategien für Kreuzberg“ ist die Aktivierung der Bewohner von SO 36, die Probleme ihres Quartiers mit lösen zu wollen.

Als wichtigster Schritt zu einer institutionalisierten Bürgerbeteiligung muß daher der Versuch gewertet werden, über einen „Quartiersrat“ die Bewohner von SO 36 an allen das Gebiet betreffenden Entscheidungen von Senat und Bezirk mitwirken

zu lassen. Noch ist offen, wie ein solcher „Quartiersrat“ zu organisieren ist, welche Kompetenzen er haben kann, wie er sich überhaupt neben den gewählten Gremien des Landes Berlin und des Bezirks Kreuzberg behaupten und sinnvoll wirken kann. Gedacht ist dieses Gremium als Träger und Vermittler aller aus dem Gebiet kommenden Aktivitäten und Initiativen, das im Vorfeld des verfassungsmäßigen Entscheidungsprozesses arbeitet.

Da eine tragfähige Basis für eine Bürgervertretung noch geschaffen werden muß, sollen die Bewohner über die bereits im Gebiet aktiv arbeitenden freien Gruppen angesprochen werden. Es soll versucht werden, die „Aktivgruppen“, vom Schrebergartenverein über die freien sozialen Dienste bis hin zu den Initiativen der Nachbarschaftshilfe, für die Motivierung und Aktivierung der Bewohner zu gewinnen. Es wird erwartet, daß der Einsatz der Aktivgruppen für die Durchsetzung der „Strategien“ das Interesse der Bewohner soweit anregen kann, daß sich weitere haus- oder blockbezogene Nachbarschaftsgruppen bilden, die das Programm der Wiederbelebung Kreuzbergs tragen und gestalten können.

Als weitere Maßnahme soll ein Verein oder eine Stiftung „Kreuzberg SO 36“ gegründet werden, der die verschiedenen Aktivitäten im Gebiet unterstützen und fördern soll. Der Schwerpunkt liegt auch hier auf der Aktivierung der Bürger durch die Mitarbeiter des Vereins, vor allem aber in der Betreuung und Beratung der Mieter und Eigentümer bei den verschiedenen Modernisierungsvorhaben.

### Soziale Fragen

Die stadträumliche Abgeschlossenheit des Kreuzberger Südostens, seine „Qualität“ als Billigwohnquartier, die traditionelle Vernachlässigung des Gebiets in der Stadtentwicklungspolitik und die daraus resultierende Investitionsunlust und Verschlechterung der Bausubstanz haben SO 36 zu einem Auffangbecken für soziale Rand- und Problemgruppen werden lassen. Soziale Probleme treten daher hier – auch im Zusammenhang mit einer ungenügenden sozialen Infrastruktur – massiver und schärfer in Erscheinung als anderswo und bedürfen im Rahmen eines umfassenden Erneuerungsprogramms gezielter Strategien:

Ein „Stadtteilzentrum“ soll für die Zusammenfassung aller sozialen Dienste eingerichtet werden. Programmatisches Ziel dieses Zentrums ist die personenbezogene Gesamthilfe, die die Zersplitterung der Sozialhilfe in Teilprobleme mit allen damit verbundenen Nachteilen für den Hilfs- und Beratungsbedürftigen aufheben soll, wie Verschiebung von Dienststelle zu Dienststelle, Warten in Vorzimmern, jedesmal neue Schwellenangst usw.

Das Problem der hohen Ausländerdichte, insbesondere Türken, und die damit verbundenen Schwierigkeiten im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern werden in dem hier ausgewählten Konzept vor allem als Problem der Deutschen mit Ausländern begriffen. Es sollen Lösungsansätze ausgearbeitet werden, die ein besseres Miteinanderleben ermöglichen, ohne daß eine Gruppe ihrer kulturellen Identität verlustig gehen muß.

Mit einer „Stadtteilschule“ soll die Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsprozeß im Rahmen der Modernisierung versucht werden. Theorie und Praxis sollen verbunden werden, selbstbestimmtes Lernen ermöglicht und so auch schulmüden Jugendlichen noch ein Weg zu einer Lehre geebnet werden.

### Modernisierung und Instandsetzung

Dreh- und Angelpunkt aller Kreuzberger Probleme ist die Verwahrlosung der Gebäude. Schon für Unterprivilegierte, eingewanderte schlesische Arbeiter errichtet, über Jahrzehnte vernachlässigt und fast ausschließlich als Renditeobjekte ausgebeutet, waren sie der Anlaß für die Kreuzberger Problemkonzentration. Die nach der Teilung Berlins fast hoffnungslose städtebauliche Situation und der zum großen Teil schon menschenunwürdige Zustand vieler Wohnungen in SO 36 sind in erster Linie verantwortlich für die Mutlosigkeit und Resignation der Bewohner. Damit konfrontiert, verbessern jene, die finanziell dazu in der Lage sind, ihre Lebensverhältnisse durch Fortzug. Soll das Ziel der Revitalisierung Kreuzbergs erreicht werden, muß daher jede Strategie zuerst an der Verbesserung der städtebaulichen und baulichen Situation ansetzen – obwohl dies allein nicht ausreicht.

Allein vier Arbeiten wurden ausgewählt, die versuchen, durch neuartige, bisher noch nicht durchgeführte Modelle zur Finanzierung von Instandsetzung und Modernisierung den Teufelskreis aus vernachlässigter Instandhaltung, dadurch erhöhtem Kapitalbedarf für die Instandsetzung und Durchführung der notwendigen Modernisierungsmaßnahmen ohne unzumutbare Mietpreiserhöhungen zu durchbrechen. Träger aller dieser Modelle ist der Mieter als Partner des Eigentümers bzw. der Mieter als Mieteigentümer. Für folgende Möglichkeiten sollen Interessenten gefunden werden:

– Mietkauf mit langfristiger Rückzahlung der Erwerbskosten und Kosten von Instandsetzung und Modernisierung über tragbare Mieten. Ziel ist mit den Eigentums- und Nutzungsrechten am Haus die Bindung des Mieters an die Wohnung zu stärken und die Instandhaltungsbereitschaft zu erhöhen.

- Gezielte Darlehens- und Zuschußförderung auch für Mieter, die den Modernisierungsaufwand weitgehend selbst bestimmen und das erforderliche Kapital und damit zugleich die resultierende Miete durch Einsatz von Eigenleistungen senken können.
- Minimalmodernisierung (z.B. Einbau von WC's, wo diese noch auf dem Hof sind), deren umlagefähige Kosten einen Mietpreis zur Folge haben, der die Richtwertmiete nicht übersteigt.
- Modernisierung ausschließlich durch die Mieter in Selbsthilfe bei entsprechender langfristiger Absicherung des Mietverhältnisses und der Miethöhe. Instandsetzung durch den Eigentümer ist über rechtliche Gebote sicherzustellen.

### Wohnumgebung

Ein Impuls, der Bevölkerung die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu vermitteln, können und müssen Maßnahmen der öffentlichen Hand im städtischen Umfeld sein, die nicht nur das Ziel der Verbesserung der städtebaulichen Situation verfolgen, sondern auch den Bewohnern das Gefühl vermitteln, daß in Kreuzberg „etwas getan“ wird. Die Bewußtheit der städtebaulichen Defizite hat insbesondere die Bürger in der Projektkommission veranlaßt, einen Maßnahmenvorschlag auszuwählen, der eine stärkere Identifikation der Bewohner mit ihrer Wohnumgebung zur Folge haben kann. Durch Umbau einer Straßenkreuzung und eines dazugehörigen Straßenzuges soll die Fußwegzone ausgeweitet und durch entsprechende Gestaltung und Freizeitangebote besser nutzbar gemacht werden. Zusätzlich soll durch die Anlage von kleinen Vorgärten das Defizit an wohnungsnahem Grün gemildert und mit der Pflege und Nutzung dieser privaten Grünflächen das Interesse und die Bindung der Anwohner an ihrer unmittelbaren Wohnumgebung gestärkt werden.

## DER ENTSCHEIDUNGSPROZESS: 2. WETTBEWERBSPHASE

### Die Arbeit der Projektgruppen

Die Gruppen, deren Arbeiten von der Projektkommission ausgewählt wurden, haben in der 2. Wettbewerbsphase den Auftrag, ihre Ideen zu konkreten Projekten zu verdichten. Die Projektkommission gab ihnen hierfür „Empfehlungen“ an die Hand. Diese enthielten eine kritische Würdigung der Arbeit, Ausgrenzung von Teilaspekten der Arbeiten, Schwerpunkte der erwarteten Projektarbeit, gute Vorschläge aus anderen Arbeiten („Vorschlagsliste“), Ratschläge zur Zusammenarbeit mit anderen Projektgruppen, Ansprechpartner in der Projektkommission und im Quartier. Diese „Empfehlungen“ wurden

von der Vorbereitungsgruppe entworfen und von der Projektkommission, nach Verhandlungen mit den Projektgruppen, verabschiedet.

Schnell stellte sich bei der Arbeit der Projektgruppen heraus, daß die einzelnen Projekte höchst unterschiedliche Realisierungschancen und -fristen haben, so daß sich die Erwartung der Projektkommission, nach Abschluß der 2. Wettbewerbsphase würden 11 Modellprojekte in SO 36 angelaufen sein, wohl kaum, zumindest nicht in der vorgesehenen Frist (Dezember 1977) erfüllen konnte.

Die meisten Projektgruppen sind „vor Ort“ gegangen, haben leere Läden gemietet und versuchen von dort aus, ihre bisher nur auf dem Papier bestehenden Ideen in Initiativen für Modellprojekte, in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, umzusetzen. Sie sind inzwischen – und das hat ihre Arbeitsfähigkeit erheblich gesteigert – durch Kräfte verstärkt worden, die das Arbeitsamt im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zur Verfügung stellte. Im Auftrag des Senators für Bau- und Wohnungswesen führen 22 arbeitslose Pädagogen, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Architekten-Planer Befragungen durch, helfen bei der Öffentlichkeitsarbeit, stellen Kontakte zur Bevölkerung her und unterstützen die Projektgruppen bei ihrer konzeptionellen Arbeit.

Dennoch mußte die 2. Wettbewerbsphase bis Mitte Februar 1978 verlängert werden, um insbesondere den Schwierigkeiten jener Projektgruppen Rechnung zu tragen, die komplizierte, z.T. auch politisch kontroverse, konzeptionelle Arbeit zu leisten haben (z.B. beim Projekt „Quartiersrat“), oder deren Projekte erst anlaufen konnten, nachdem geeignete Objekte gefunden worden waren (insbesondere bei den Projekten zur Modernisierung und Instandsetzung) bzw. Bewohner zur Mitarbeit gewonnen werden konnten.

Schwierig gestaltete sich die Kontaktaufnahme mit den Bewohnern, da die „Strategien für Kreuzberg“ im Quartier nach wie vor nicht genügend bekannt waren. So gestaltete sich das „Klinkenputzen“, d.h. die persönliche Ansprache der Betroffenen, für die Projektgruppen sehr mühsam.

Große Hoffnungen wurden hier auf die „Stadtteilzeitung“ gesetzt, deren Nullnummer bereits erschienen ist. Der „Südostexpress“ wird von einer Projektgruppe und dem „Stammtisch“, einer Bürgerinitiative für SO 36, herausgegeben. Der „Südostexpress“ stieß allerdings nicht nur auf Zustimmung: in der Projektkommission wurde bemängelt, daß er weitgehend ohne Projektkommission und Projektgruppen zustandekam und daß er sich sofort in eine Frontstellung zu den staatlichen Behörden begeben hat.

Am weitesten fortgeschritten ist inzwi-

schon das Projekt „Umbau des Straßenraumes“, das bereits für einen bestimmten Kreuzungsbereich konkretisiert und in die bezirkliche Investitionsplanung aufgenommen wurde.

## Die 2. Wettbewerbsphase im politischen Umfeld

Die Arbeit der Projektkommission wurde in der 2. Wettbewerbsphase zunächst weniger von der begleitenden Kontrolle und Lenkung der Arbeit der Projektgruppen bestimmt (diese tritt nun erst, gegen Ende dieser Phase in den Vordergrund), sondern von aktuellen Konflikten insbesondere mit der Verwaltung, aber auch mit einer Bürgerinitiative.

### Der Konflikt „Stammtisch“-Projektkommission

Die von Mitgliedern der Projektkommission im Konflikt um die Feuerwache gegründete Bürgerinitiative „Stammtisch“ (vgl. oben) verstand sich als Forum, mit dessen Hilfe sich die zu diesem Zeitpunkt unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeitende Projektkommission (was den GRW entspricht) mit Betroffenen aus dem Quartier und mit anderen Interessenten auseinandersetzen wollte.

Die organisatorische wie die „politische“ Zuordnung des „Stammtisch“ zur Projektkommission war und blieb jedoch umstritten. Kritisch-boshafte Bezeichnungen aus der Projektkommission – wie „uneheliches Kind der Projektkommission“ oder „Politbüro“ – illustrieren die ambivalente Haltung der Mehrheit der Projektkommission zu diesem Forum:

- Auf der einen Seite war sich die Projektkommission durchaus bewußt, daß der „Stammtisch“ wesentlich zur Verbreiterung der Basis der „Strategien“ in der Bevölkerung beitrug – eine Aufgabe, die von allen Beteiligten vernachlässigt wurde.
- Auf der anderen Seite vermochten sich viele Mitglieder der Projektkommission nicht mit der Politik des „Stammtisches“ zu identifizieren, die ihnen zu sehr auf Konfrontation mit der Verwaltung, mit Hauseigentümern usw. angelegt zu sein schien, von deren Mitarbeit und Zustimmung nach Ansicht vieler Mitglieder der Projektkommission Erfolg oder Mißerfolg der „Strategien“ abhing.

So stieß zunächst die Aktion „Mängellisten“ des „Stammtisches“ auf Kritik in der Projektkommission. Der „Stammtisch“ verteilte vor allem an die Bewohner von Häusern einer gemeinnützigen Baugesellschaft Formulare zur Erfassung der Mängel an Häusern und Wohnungen. Die zahlreichen Mängellisten, die auf diese Weise zusammenkamen, wurden dem Wohnungsaufsichtsamt übergeben. In der Projekt-

kommission wurde dazu angemerkt, der „Stammtisch“ hätte erst mit den Hauseigentümern über die Beseitigung der Mängel reden sollen, bevor er die Wohnungsaufsicht alarmierte.

Einen weiteren Konflikt provozierte der Besuch des Senatsdirektors vom Senator für Bau- und Wohnungswesen (entspricht: Staatssekretär) beim „Stammtisch“. Bei diesem Besuch bot der Senatsdirektor an, die Bürger (wobei er offen ließ, ob die Bürger des „Stammtisches“ oder der Projektkommission, später jedenfalls verlaute-ter, die Projektkommission sei gemeint gewesen) sollten für die geplanten Bausubstanzuntersuchungen Architekten ihres Vertrauens benennen, um zu vermeiden, daß auch dort, wo die Bausubstanz noch gut war, Abrisse empfohlen werden dürfen. Der „Stammtisch“ bezog dieses Angebot auf sich und legte als „Stammtisch“ eine Liste von Vertrauensarchitekten vor. Die Projektkommission ihrerseits bezog das Angebot, von der Verwaltung nachträglich als auf die Projektkommission gemünzt bezeichnet, auf sich selbst und warf dem „Stammtisch“ vor, sich Funktionen der Projektkommission angemaßt zu haben.

Der „Stammtisch“, der sich inzwischen als „Bürgerinitiative SO 36“ einen organisatorischen Rahmen gegeben hat, ordnet sich zwar dem Projekt „Strategien für Kreuzberg“ zu, doch in den konkreten Auseinandersetzungen überwiegen meist die Segregationsmomente: so wurde die Quartierszeitung ebenso wie die Plakataktion „Haberkern in Gefahr“ (gegen Abrisspläne im schlechtesten Block des Ausschreibungsgebietes, vgl. unten) ohne die Projektkommission und sehr zu deren Unwillen gemacht.

Projektkommission und „Stammtisch“ haben sich inzwischen soweit auseinandergelöst, daß sie zu Objekten unterschiedlicher Lösungsansätze für die Frage der künftigen Bürgervertretung im Gebiet geworden sind. Jene, die die Projektkommission als ineffizienten „Debattierklub“ betrachten, der sich von der Bevormundung der Verwaltung nicht lösen kann, wollen den „Stammtisch“ zur Keimzelle des künftigen „Quartiersrates“ machen, während jene, die den „Stammtisch“ nicht für eine echte Basisorganisation sondern für einen Klub „heimatloser“, d.h. von den politischen Parteien enttäuschter Querköpfe halten, die Projektkommission als Keimzelle der künftigen Quartiersvertretung favorisieren. Es wäre sicherlich schade, wenn sich diese Frontstellung endgültig verfestigen würde, da dadurch nur die Betroffenen gegenüber der Verwaltung geschwächt würden. Wünschenswert wäre dagegen eine Art Arbeitsteilung zwischen Projektkommission und „Stammtisch“, wobei die Projektkommission mehr das verhandelnde und ausgleichende Element

verkörpern könnte, und der „Stammtisch“ den drängenden, fordernden Part übernehmen müßte. Zweifelsohne wird, wenn echte Bürgerbeteiligung ermöglicht werden soll, beides notwendig sein.

### Konflikt um die „Haberker-Blöcke“

Die Haberker-Blöcke sind der älteste Teil des Ausschreibungsgebietes, errichtet zwischen 1872 und 1886 von dem Bauunternehmer und Bodenspekulanten Haberker. Hier leben 2612 Einwohner in 1583 Wohnungen, von denen 95% ohne Bad sind. Die GFZ beträgt 3,2. Diese Blöcke stellen in jeder Hinsicht die schlechteste Bausubstanz dar. Hier wurde deutlich, daß auch ein Projekt wie die „Strategien für Kreuzberg“, die – so die Wettbewerbsergebnisse – eine Sanierung nach dem StBauFG vermeiden wollen, kaum jene Fehlentwicklungen verhindern können, die immer dann eintreten, wenn ein Gebiet in den Verdacht gerät, Sanierungsgebiet zu werden:

Hier im Haberker hatte sich die senats-eigene Berliner Wohnungsbaugesellschaft (BeWoGe) zwischen 1970 und 1974 eingekauft: ihr gehören hier und in den angrenzenden Blöcken bereits ein Viertel aller Liegenschaften. Die BeWoGe hatte auf Weisung des Senats die schlechtesten Häuser als Abrißobjekte in Erwartung der Sanierung erworben, und diese deswegen auch nicht instandgesetzt oder gar modernisiert. Die Tatsache, daß die BeWoGe sich bei einzelnen Wohnungen weigerte, neue Mietverträge abzuschließen (Begründung: die Wohnungen seien nicht mehr zumutbar) wurde, insbesondere vom „Stammtisch“, aber auch von Mitgliedern der Projektkommission, dahingehend interpretiert, daß die Sanierungsabsichten trotz der Wettbewerbsergebnisse noch immer weiterverfolgt werden, daß insbesondere beabsichtigt ist, die Blöcke zu „entkernen“, ohne zu berücksichtigen, ob die Bausubstanz noch gut ist, und die Mieter mit dem Abriß einverstanden sind.

Derartige Vermutungen wurden noch verstärkt, nachdem bekannt geworden war, daß die Vergabe von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (vgl. unten) mit der Auflage, zu entkernen, verbunden werden sollte. Hier scheint sich somit die Ankündigung des Bausenators Ristock auf der Pressekonferenz, auf der die Ergebnisse der 1. Wettbewerbsphase veröffentlicht wurden, zu bewahrheiten, daß „man“ sich um Haberker noch werde streiten müssen.

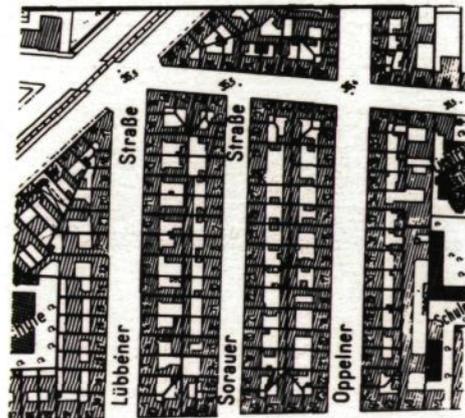
Die Mittel des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) führten ferner auch zu Aktivitäten privater Firmen vor allem in den Haberker-Blöcken. Diese Firmen versuchen, bei den Behörden zu sondieren, welche Häuser Aussicht haben, mit ZIP-Mitteln gefördert zu werden und bei den Besitzern

zu erkunden, ob diese bereit sind, zu verkaufen. Trifft beides zu, soll gekauft werden, um in den Genuß der ZIP-Mittel zu kommen und steuerliche Vergünstigungen, Abschreibungen usw. zu erhalten.

Es gibt nach all dem zahlreiche Indizien dafür, daß die Fehlentwicklungen, die meist in Sanierungsverdachtsgebieten entstehen, nicht an die Ausweisung von Sanierungsgebieten nach dem StBauFG gebunden sind. Jene Mitglieder der Projektkommission, die derartige Entwicklungen verhindern wollten, mußten erkennen, daß sie hier nicht weiterkamen. BeWoGe, Senat und Bezirk gaben ihre Pläne nicht preis, sondern bekundeten lediglich, diese Pläne seien noch nicht fertig und würden die Wettbewerbsergebnisse berücksichtigen.

### Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP)

Einen anderen, für das Wettbewerbsverfahren prekären Bereich politischer Interventionen in die Rahmenbedingungen des Verfahrens bildete das Bund-Länder-„Programm für Zukunftsinvestitionen“ (ZIP). Da jedes Konjunkturprogramm erfahrungsgemäß unter Zeitdruck steht und damit besondere Chancen für entscheidungsreife Schubladenprojekte der Ver-



Die Haberkeranlage

waltungen bietet, war die Projektkommission frühzeitig an verbindlichen Erklärungen des Bausenators über die vorgesehene Verwendung von ZIP-Mitteln für SO 36 interessiert. Vorschnelle Festlegungen mußten verhindert und die Chance einer Lenkung der ZIP-Investitionsmittel im Sinne der „Strategien“ gewahrt werden.

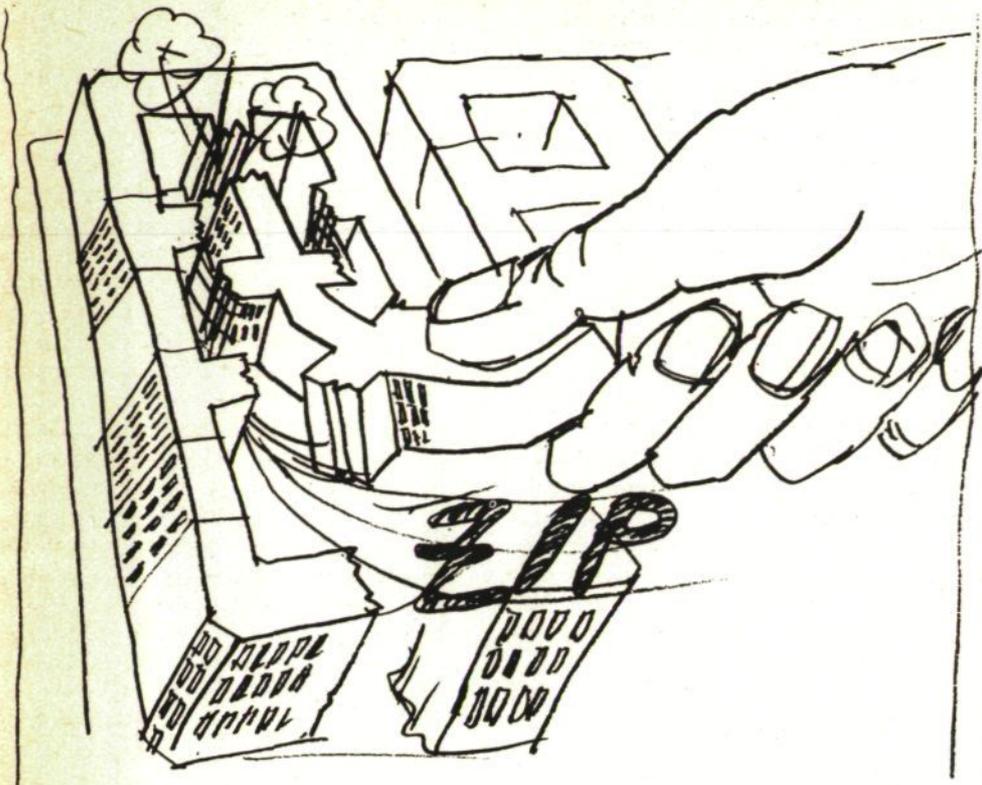
Da die Informationen über Höhe und Verwendung der ZIP-Mittel zunächst nur vage waren – inzwischen sind 70 Mio DM für das Projektgebiet vorgesehen –, zugleich aber schon von Termindruck und einer Vielzahl von Verwaltungsaktivitäten in Senat und Bezirk zu hören war, entstand in der Projektkommission der Eindruck, die relevanten investitionspolitischen Entscheidungen würden wieder einmal über die Köpfe der Bürger hinweg-

getroffen und der Wettbewerb damit zu einem Sandkastenspiel ohne Konsequenzen degradiert.

Auch nachdem Zusatzinformationen und Zusagen des Senators vorlagen, die Interessen des Gebietes bzw. das Votum der Projektkommission angemessen zu berücksichtigen, dauerte die Unsicherheit in der Projektkommission an, das Klima zwischen Bürgervertretern und Verwaltungsangehörigen wurde gereizt. Einladungen des Auslobers an die Hausbesitzer im Projektgebiet zu Informationsgesprächen schufen zusätzliche Unruhe und Ungewißheit. Freilich waren auch die Hausbesitzer selbst unzufrieden, da ihnen zunächst nur unverbindliche Förderungsankündigungen gegeben wurden, präzise Kalkulationen oder gar Zusagen unter Hinweis auf fehlende Ausführungsbestimmungen aber noch zurückgehalten wurden. Punktuelle Ankäufe von Häusern durch private Bauträger trugen auch nicht zur Klimaverbesserung in SO 36 bei, sondern verunsicherten eher noch diejenigen privaten Hausbesitzer, die ohne spekulative Interessen zu einer Zusammenarbeit mit ihren Mitern bei der Wohnwertverbesserung bereit waren.

Obwohl die ZIP-Mittel nicht nur zur Modernisierung, sondern zugleich zur Dämpfung von Mietsteigerungen durch Subventionierung verwendet werden sollen, haben sich die angekündigten Konjunktur-Millionen auf das Wettbewerbsverfahren nicht unbedingt günstig ausgewirkt. Zwar hat die dem am 16.8.77 vom Senat beschlossene „Wertausgleichsprogramm“ des Bausenats entsprechende Lenkung der ZIP-Mittel ins Projektgebiet öffentliches Interesse und entsprechende Erwartungen geweckt, doch gerieten die 11 Projektgruppen zu Beginn der zweiten Wettbewerbsstufe in eine Art Vakuum: In Erwartung der Senatsmillionen richtete sich die Aufmerksamkeit einer ohnehin „ermüdeten“ Projektkommission stärker auf die Aktionen bzw. Investitionslisten von Senat und Bezirk als auf die zweite Projektstufe.

Im November 77 lagen für SO 36 insgesamt 65 Förderungsanträge für ZIP-Mittel vor (53 Private, 10 Private Gesellschaften, 2 öffentliche Gesellschaften). Die akuten Probleme dieses Konjunkturprogramms für die „Strategien“ liegen in folgenden Bereichen: Das Programm ist für Sanierungsgebiete konzipiert und fördert vorrangig solche Vorhaben, „bei denen die Modernisierung mit einer gleichzeitigen ‚Entkernung‘ verbunden ist“ (Beschlüßvorlage SenBauWoh). In der Anwendung von Planungskriterien aus der traditionellen Sanierungspraxis nach StBauFG – gewissermaßen im Analogieschluß – ist eine Kollision mit Mieterinteressen angelegt, die sich zu einem Grundsatzkonflikt zwischen „Strategien“ einerseits und Wirtschaftsförderung andererseits ausweiten könnte:



Der Wettbewerb stellt die Bürgerbeteiligung in den Mittelpunkt und postuliert als Vorbedingung für bauliche Maßnahmen den Konsens von Eigentümern und Mietern. Dies bedeutet im konkreten Fall unter Umständen die Entscheidung gegen Entkernung und für Erhaltung von Seitenflügeln oder Quergebäuden. Zwar will der Senat erst auf der Grundlage von „Blockkonzepten“ städtebauliche Entscheidungshilfen für die Vergabe der ZIP-Mittel entwickeln und läßt zur Zeit auch die Methoden der Bausubstanzbewertung überarbeiten, doch bleibt die Gefahr, daß die „Strategien“ von den Konjunkturmillionen erdrückt werden: Die öffentliche Hand greift mit Eigenmitteln ein – insgesamt können aus ZIP-Mitteln rund 1000 WE modernisiert werden – und schreibt damit den Schwerpunkt der „Strategien“ im baulichen Bereich fest. Was wird aus dem Stadtteilzentrum, den sozialen Diensten für Ausländer, dem Quartiersrat und anderen Projekten aus dem sozialen und kulturellen Bereich, die keine konjunkturelle Bedeutsamkeit beanspruchen können?

Da die ZIP-Mittel sich bisher ausschließlich an Eigentümer wenden, ist das Programm verteilungspolitisch nicht besonders originell. Die vorgesehene Kombination von subventionierter Substanzverbesserung und Kontrolle der Mietenentwicklung im ZIP-Programm ist zu begrüßen. Aber wenn es der Projektkommission nicht gelingt, die Vergabemodalitäten räumlich und sachlich mitzubestimmen, wird man in Kürze zwar einige „Zeichen“ der Konjunkturpolitik in SO 36 bewundern können, aber Spuren der „Strategien“ wird man

vergeblich suchen.

## BILANZ

### Die Kompetenz der Projektkommission

Das zentrale Anliegen des Wettbewerbs „Strategien für Kreuzberg“, nicht Fachleute, sondern die Bewohner selbst über die besten Vorschläge zur Wiederbelebung ihres Quartiers entscheiden zu lassen, konnte voll verwirklicht werden. Zweifelsohne waren es in erster Linie die aus dem Quartier stammenden Mitglieder der Projektkommission, die in langen und schwierigen Debatten, die die Engagementsbereitschaft aller auf eine harte Probe stellten, bestimmten, welche Vorschläge als diejenigen zu gelten hätten, die am ehesten geeignet erschienen, in SO 36 eine Wende zum Besseren herbeizuführen.

In der zweiten Phase des Wettbewerbs zeigten sich allerdings auch Schwächen in der Interessenformulierung und damit der politischen Durchsetzungskraft der Projektkommission. Von Senat und Bezirk kamen keine verbindlichen Aussagen, die für die Arbeit der Projektgruppen bei der Präzisierung ihrer Strategievorschläge unbedingt notwendig waren. Die Projektkommission war überfordert, ein politisches Gesamtkonzept für die Entwicklung des Stadtteils vorzulegen. So war für den Beginn der zweiten Phase die Auseinandersetzung auf Nebenkriegsschauplätzen kennzeichnend:

– Es wurde über den Einsatz der ZIP-Mittel diskutiert, ohne daß eine klare Stellungnahme der Projektkommission zu-

stande kam.

- Die Auseinandersetzung über die Haberkern-Blöcke blieb in Details hängen oder verlor sich in allgemeinen Diskussionen über die Notwendigkeit von Blockkonzepten.
- Die Diskussion von Verfahrensfragen und Formalien nahm breiten Raum ein.

Die Projektkommission war sich über ihre Funktion nicht mehr im klaren. Die Projektgruppen waren noch nicht weit genug fortgeschritten, als daß sie zur Diskussion Stoff hätten bieten können. So war auch die allgemeine Diskussion der Entwicklungslinien für SO 36 schwierig geworden. Sie bewegte sich nur im Theoretischen. Die in der ersten Phase so wichtigen opinion-leader beschäftigten sich eigentlich nur noch mit einzelnen Projekten und verzettelten sich.

Die Projektkommissionssitzungen sind zwar immer noch gut besucht. Das Engagement zehrt aber von den positiven Erfahrungen in der ersten Phase und vom guten sozialen Klima, das mittlerweile in der Projektkommission durch die gemeinsame Arbeit entstanden ist. Durch die ständigen öffentlichen Sitzungen und die große Zahl von Gästen (vor allem aus den Projektgruppen), die auch häufig das Wort ergreifen und sogar Anträge einbringen, droht aber auch die Identität der Projektkommission verlorenzugehen.

Zeitweilig bewegt sich die Projektkommission wie eine Maschine im Leerlauf: ineffektiv, nur um sich selbst kreisend und ohne Zusammenhang nach außen. Es ist jetzt notwendig, alle Kräfte auf die Beurteilung der angelaufenen Projekte zu konzentrieren und zu entscheiden, welche Projekte wie unterstützt werden sollen. Nur so kann die Projektkommission einerseits wieder eine sinnvolle inhaltliche Arbeit leisten und andererseits auch die politische Dimension des Wettbewerbs wieder entdecken.

In dem anstehenden Zielfindungsprozeß könnte ein Expertengremium in der Art der Vorbereitungsgruppe wieder eine hilfreiche Rolle spielen, die sich in der ersten Phase des Wettbewerbs das Vertrauen aller in der Projektkommission vertretenen Interessengruppen erringen konnte und über ihre eigentliche Rolle als „Vorprüfer“ hinaus durch Verfahrensvorschläge und -organisation wesentlich zum Funktionieren des Beteiligungsgremiums „Projektkommission“ beigetragen hat. Dabei wäre allerdings sicherzustellen, daß sich die Kontrolle dieser Fachleute nicht, wie im Falle der Vorbereitungsgruppe, in reiner Selbstkontrolle erschöpft. Das Verfahren hat jedenfalls gezeigt, daß ein Beteiligungsorgan, sei es eine Projektkommission oder in ihrer Nachfolge ein wie immer strukturierter Quartiersrat, der fachlichen Unterstützung einer Gruppe bedarf, die

bereit ist, fast im Sinne methodischer Gemeinwesenarbeit die Funktion dieses Gremiums durch persönliche Ansprache der Mitglieder zu strukturieren.

### Die Breitenwirkung des Verfahrens

Das Ziel, die Wiederbelebung von SO 36 auf möglichst breiter Basis mit der Bevölkerung zu diskutieren, wurde nicht erreicht. Deutlich wurde dies zuerst in der schwachen Beteiligung der Bevölkerung am Wettbewerb. Nur rund 30 Arbeiten wurden von Bürgern aus dem Quartier eingereicht, und diese Arbeiten vermochten zudem die geforderten komplexen Lösungsansätze für die Probleme von SO 36 nicht zu liefern, weshalb sie aus dem Wettbewerb ausscheiden mußten. Bei künftigen ähnlichen Wettbewerben müßte man daher dafür sorgen, daß eine bessere Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird, und daß die Bürger nicht komplexe Lösungsansätze wie alle anderen Wettbewerbsteilnehmer liefern müssen, sondern nur Wunschkataloge abgeben können (was angesichts der sonst üblichen, in den Antwortmöglichkeiten formulierten Fragebogen sicherlich ein Fortschritt wäre).

Allerdings dürfte die Beteiligung auch durch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit und eine Reduzierung der Ansprüche an von Bürgern eingereichte Wettbewerbsbeiträge nicht entscheidend gesteigert werden können. Denn auch mit derartigen Maßnahmen dürfte sich die allgemeine Passivität der meisten Betroffenen nicht überwinden lassen, die zumindest solange vorhanden ist, wie es nur um Konzeptionen und Absichten und nicht um konkrete Maßnahmen geht.

### Realisierung der Wettbewerbsergebnisse

Zwischen dem 15. Dez. 1977 und dem 15. Febr. 1978 werden die Arbeitsergebnisse der 11 Preisträgergruppen erwartet. Die Projektkommission wird dann über die Themenschwerpunkte soziale Maßnahmen, Finanzierungsmodelle, bauliche Maßnahmen, Bürgervertretung usw. beraten und entscheiden müssen, welche Projekte sie dem Senat zur Durchführung empfiehlt. Es ist damit zu rechnen, daß in diesem Diskussionsprozeß die Konflikte innerhalb der Projektkommission sowie Konflikte der Projektkommission mit dem Senat, dem Bezirksamt und auch mit dem „Stammtisch“ offener ausgetragen werden müssen als bisher.

Ohne daß ein endgültiges Votum der Projektkommission zu ihren Arbeiten vorliegt, versuchen die Projektgruppen schon in der 2. Phase durch Finanzierungsanträge über die Projektkommission an den Senat, die Kontinuität ihrer Arbeit sicherzustellen. Weder ist jedoch die Projektkommission in ihrer Gesamtheit bereit, ihr

Urteil über die Arbeiten mit solchen Anträgen präjudizieren zu lassen, noch kann sich der Senat damit anfreunden, Blankoschecks für Projekte auszustellen, die bisher weder von der Projektkommission noch von den politischen Gremien eindeutig getragen werden.

Dennoch müssen schon heute Vorbereitungen getroffen werden, die die Kontinuität der bisherigen Arbeit Projektgruppen sicherstellen. Die Projekte werden im direkten Kontakt mit den Betroffenen bearbeitet, deren Enttäuschung umso bitterer sein dürfte, wenn diese Ansätze aus theoretischen Erwägungen abgebrochen werden sollten.

In diesem Zusammenhang sind die vorgezogenen Finanzierungsanträge der Projektgruppen zu sehen, deren Prüfung und Verabschiedung jedoch erst erwartet werden kann, wenn die Projektkommission der Verwaltung und den politischen Gremien ein schlüssiges Gesamtprogramm vorlegen kann.

Schon jetzt ist allerdings zu erkennen, daß die Arbeiten, die baulich-räumliche Verbesserungen zum Ziel haben, am einfachsten zu realisieren sein werden — nicht zuletzt weil dieser Wettbewerb vom Bausektor getragen wurde und in erster Linie er für die Durchführung verantwortlich sein wird —, während die Arbeiten, die sich mit Bürgervertretungsgremien oder sozialen Fragen (Stadtteilzentrum, Stadtteilschule, Ausländer) befassen, in der Unterstützung durch staatliche Stellen auf die größten Schwierigkeiten stoßen werden. Die Umsetzung der Arbeitsergebnisse wird daher davon abhängen, mit welchem Nachdruck die Bürgervertretung ihre Interessen an die Öffentlichkeit und in die parlamentarischen Gremien tragen kann.

Um die Kontinuität der bisherigen Arbeit aufrechtzuerhalten, und die Durchsetzung der von den Projektgruppen erarbeiteten Ergebnisse nachdrücklich vertreten zu können, steht als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit an, die konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungen für die Einrichtung eines Nachfolgeorgans der Projektkommission zu treffen.

Um zwischen der Beendigung des Wettbewerbs und damit der formalen Auflösung der Projektkommission bis zur Einrichtung einer Bürgervertretung kein Vakuum entstehen zu lassen, wurde auf der letzten Projektkommissions-Sitzung dieses Jahres am 15.12.77 der Beschluß gefaßt, daß die Projektkommission solange weiterbesteht bis eine Bürgervertretung eingerichtet ist, die in der Realisierung die Interessen des Quartiers deutlich macht und die Einhaltung der Zielsetzungen der „Strategien für Kreuzberg“ überwacht.

### Der Wettbewerbserfolg

Die Frage, ob der Wettbewerb mehr ge-

bracht hat als ein traditioneller Wettbewerb, läßt sich noch nicht endgültig beantworten, da sein Erfolg erst meßbar werden wird an den konkreten Veränderungen, die im Quartier nur in Zukunft sichtbar werden können. Immerhin ist es gelungen, Bürgerbeteiligung schon im Vorfeld planerischer und anderer administrativer Entscheidungen zu institutionalisieren und die jetzt ins Leben gerufene Beteiligung wird nicht mehr ohne weiteres abgeschafft werden können.

Entgegen allen bisherigen städtebaulichen Wettbewerben lag bei diesem Verfahren der Schwerpunkt nicht auf der baulich-räumlichen Seite sondern im gesellschaftspolitischen Bereich, aber in enger Verknüpfung mit den baulich-räumlichen Problemen. Das Ausgehen von den *gesellschaftlichen Bedingungen* unterscheidet diesen Wettbewerb von anderen. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, im Interesse der Betroffenen zu planen und auf deren tatsächliche Bedürfnisse einzugehen, diese in das Planungsgeschehen mit einzubeziehen. Damit wird Planung erstmals von der richtigen Seite aus aufgezogen: das baulich-räumliche Ergebnis ist Ausdruck der Bedürfnisse und Wünsche der dort Wohnenden. Bisher vernachlässigte Probleme wurden hier aufgegriffen: Alte, Ausländer, Arbeitslose, Randgruppen, Selbsthilfe, Kooperative, Genossenschaften usw. Der Wettbewerb hat auch gezeigt, daß Architekten allein nicht in der Lage sind, auf die Probleme eines Gebietes einzugehen, sondern daß für sie die Planungsaufgabe vorrangig in baulichen Veränderungen liegt, ohne daß sie dabei auf die tatsächlichen Bedürfnisse der dort Wohnenden einzugehen bereit sind.

Der Wettbewerb zeigt auch, welchen Schwierigkeiten Stadtreparatur und -umbau — oder wie man es immer nennen mag — von Seiten der Verwaltung, der Planungsbehörden usw. ausgesetzt ist. Gerade im Bereich der sozialen und Beteiligungsfragen wird deutlich, welche enge Grenzen das repräsentative System der Beteiligung der Betroffenen an Planungsentscheidungen setzt.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Verwaltung und die bisher Planenden insgesamt freiwillig das Bürgervertretungsorgan mit allen nur denkbaren Kompetenzen ausstatten werden — es wird aber auch an dem Bürgervertretungsgremium liegen, inwieweit es in der Lage ist, sich zu einigen, Probleme zu erkennen und zu behandeln, handlungsfähig zu werden und sich gegenüber der Verwaltung eine eigenständige Position aufzubauen.

- 1) So der Titel eines Artikels in der „Frankfurter Rundschau“ v. 8.10.77.
- 2) Hämer/Rosemann, Stadterneuerung ohne Verdrängung — ein Versuch, in: ARCH+ H. 29, 1976, S.4.

- 3) vgl.: J. Schlandt: *Statt Erneuerung: Zerstörung und Verfall, Westberliner Gebiets-sanierungen — ein Rückblick*, ARCH+ H. 31.
- 4) Vgl. Vorwort zum 10. Stadterneuerungsbericht, hrsg. vom Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1973.
- 5) Zur finanzierungsrechtlichen Seite vgl. H.J.

- Knipp, Städtebauliche Sanierung im Zeichen der Wirtschaftsförderung, in: *Bauhandbuch 1977*, Sonderdruck i.A. des Senators für Bau- und Wohnungswesen, Berlin, Mai 1977, S. 55—66.
- 6) Kreuzberger Sanierungszeitung Nr. 2. Hrsg. Senator f. Bau- und Wohnungswesen.

zu akzeptieren.

Zwar war das Vertrauen PK-VG abstrakt noch vorhanden, bloß das Objekt war mit dem Ende der Vorprüfung nicht mehr da. Zur Definierung einer neuen Rolle der VG bedürfte es mehr als einer Vertrauensbasis.

Trotz der Erkenntnis des Mangels einer theoretischen Formulierung der neuen Rolle, verstand es die VG nicht, durch praktisches Engagement die Notwendigkeit eines unabhängigen Berater-Fachgremiums de facto abzuleiten. Und gerade im Bereich Aktivierung der PK-Mitglieder bieten sich viele Möglichkeiten zur Motivierung von weniger aktiven PK-Mitgliedern an, die aber nicht genutzt wurden.

## STELLUNGNAHME DER PROJEKTLEITUNG DES QUARTIERSBÜROS

### „STRATEGIEN FÜR KREUZBERG“

#### zum Bericht der Vorprüfergruppe

Das Projekt „Strategien für Kreuzberg“, das langsam im Mittelpunkt der Diskussion um Modelle der Stadtentwicklung und Stadterneuerung rückt, wirft neue Fragen auf, hinsichtlich der Ziele und der Instrumente der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen.

Das bisherige Verfahren des Projektes liefert genügend Material, um nach eingehender Analyse, das Modell auszubauen und zu vervollständigen, oder auch gewisse Teilaspekte zu verwerfen. Die Analyse eines Verfahrens jedoch, impliziert eine wahrheitsgemäße Darstellung aller Determinanten des Verfahrens, sonst verfällt sie in subjektiver Erzählung und (apophtegmatischer) Selbstherrlichkeit.

Das Fehlen der o.g. Prämisse bezeichnet den analytischen Wert des Artikels der sog. Vorbereitungsgruppe (VG) (L. Böttcher, E. Fricke, P.v. Kodolitsch, B. Leber, H.-P. Richter, J. Sch. z. Wiesch: „Strategien für Kreuzberg — Verfahren, Ergebnisse und Perspektiven“). Da dem Auslober (Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin) etwas daran liegt, unter „Strategien für Kreuzberg“ etwas mehr als nur einen „unverbindlichen Wettbewerb“ (Vgl. S. 6 des Artikels der VG) verstanden zu wissen, sollen hier einige unterlassene Aspekte beschrieben, einige Rollenverständnisse erklärt, und einige bewußte oder unbewußte Unwahrheiten zurechtgerückt werden.

Es geht dabei hauptsächlich um die Funktion und Rolle von „Anwälten“ in der Bürgerbeteiligung. Obwohl die Frage schon alt ist, genügend diskutiert wurde und doch immer wieder relevant wird, gewinnt sie gerade für das Projekt „Strategien für Kreuzberg“ an großer Bedeutung.

Die Behandlung dieser Frage im Rahmen der „Strategien für Kreuzberg“ soll hier ansatzweise erfolgen, anhand der Darstellung der Funktion und Rolle der VG. Denn es ist gerade das Selbstverständnis der VG als „Anwälte“ der Projektkommission (PK), (das durch ihren Artikel herumgeistert und das erst gegen Schluß — Vgl. des Artikels der VG — explizit benannt wird), das sowohl die Gesamtanalyse verdreht, als auch die Inhalte und Erfolge des Projektes in einer subjektiven Bahn kanalisiert, mit dem Erfolg, daß in den „Strategien für Kreuzberg“ unterschwellig eine Anwaltsplanung serviert wird, die effektiv nicht vorhanden war und ist. Das Herumirren der VG zwischen Wunsch und Wirklichkeit ihrer Funktion und Rolle bringt die Diskussion nicht weiter.

#### Konstituierung und Aufgaben der „Vorbereitungsgruppe“

Eine Gruppe zwischen PK und Auslober war in der Konstruktion des Projekt-Verfahrens nie vorgesehen (Vgl. Ausschreibung). Die Fülle der Arbeiten jedoch und der Schwierigkeitsgrad der Texte der eingereichten Wettbewerbs-Beiträge führten zur Benennung von sechs Vorprüfern durch den Auslober.

Die PK reagierte zunächst mißtraulich und abweisend; subjektiv richtig, da die personelle Besetzung und vor allem, die genaue Position dieser Vorprüfergruppe nicht klar war.

Die VG erwies sich nicht nur den hohen Anforderungen der Vorprüfung von 129 Arbeiten in der ersten Phase gewachsen, sie entwickelte darü-

berhinaus zusammen mit dem Auslober, eine Reihe von qualifizierten Vorlagen für die PK, die das Ausscheidungsverfahren und den allgemeinen Entscheidungsprozeß mitbestimmten.

Jedoch war sich die PK ihrer eigenen politischen Rolle zu sehr bewußt, als daß sie erlaubt hätte, durch eine Konsolidierung der VG als Anwaltsgruppe, von ihr abhängig zu werden. Formal und teilweise auch inhaltlich ließ sich die PK die Funktion des Bewerbers und des Entscheidungsträgers von keinem abnehmen; das Mißtrauen und die „weitverbreitete Abneigung gegen die Besserwisserei von Fachleuten und Akademikern“ (Vgl. S. 14 des Artikels der VG) wurde schnell abgebaut, die „Bestimmungen der GRW über die Unabhängigkeit der Vorprüfer“ (Vgl. ebenda) wurden durch den Auslober der PK mitgeteilt. Trotzdem und „paradoxiertweise, obwohl sie diesem mißtraute“ (Vgl. S. 15 des Artikels der VG), „verließ sich die PK auf das Urteil der Vorprüfung“ (Vgl. ebenda).

Dieses Paradoxon ist eigentlich gar nicht so paradox. „Mit der VG entsteht nämlich im direkten Entscheidungsfeld eine Instanz, die durch eine vermeintlich höhere fachliche Qualifikation der Spezialisten und die damit aller Gewohnheit nach qualifiziertere Entscheidung, geprägt ist.“<sup>1)</sup>

Durch den ständigen Willen der VG, keine Informationen zu monopolisieren, um so die PK zu manipulieren, (Vgl. S. 15 des Artikels der VG) wuchs das Vertrauen der PK in sie beständig. Dies führte die PK jedoch nahezu in die Nähe einer Selbst-Amputation. Sie verließ sich zu sehr und zu lange auf die VG und holte daher den Informationsvorsprung der VG und die darauf basierenden Vergleichs- und Differenzierungsmöglichkeiten nur sehr zögernd auf. Und diese Tatsache impliziert eine zwar unbewußte, aber unterschwellig wirkende Manipulation des Entscheidungsprozesses, die ganz gewiß nicht im Sinne des Beteiligungsmodells war. Der Auslober suchte daraufhin nach Möglichkeiten einer stärkeren Aktivierung der PK, die von der Veranstaltung der Leseabende (Vgl. S. 13 des Artikels der VG), über die Ausleihe der zu bewertenden Arbeiten (entgegen aller üblichen Bestimmungen), bis hin zu persönlichen Ansprachen zur Motivierung von einzelnen PK-Mitgliedern reichte.

#### Die VG in der 2. Phase (Vgl. Ausführungen des Artikels der VG unter „Bilanz“)

Das z.T. euphorische (Vertrauens-) Verhältnis zwischen der PK und der VG fand seinen Höhepunkt mit der Prämierung der 11 Arbeiten am Ende der 1. Stufe. Von dort an, wird die Situation der VG von der erfolglosen Suche nach einer institutionalisierten Position zwischen Auslober-PK und den Projektgruppen (PG) charakterisiert. Die PK plädiert zwar für ihre Weiterbeschäftigung im Verfahren, ihre Dienste werden jedoch kaum mehr in Anspruch genommen.

Aus ihrer Selbsteinschätzung und der subjektiven Einschätzung des Projektes heraus, versteht sich die VG als ein „unabhängiges“ Experten-Gremium, das den weiteren Verfahrens-Ablauf inhaltlich strukturieren sollte. Doch einerseits füllte sie effektiv diese Rolle nicht voll aus, andererseits ist die PK nicht bereit gewesen, diese Rolle

#### Die Projektkommission in der 2. Phase (Vgl. Artikel der VG unter „Bilanz“)

Die Aktivität der PK in der 2. Phase läßt etwas nach, aufgrund der zu erwartenden Ergebnisse der Arbeit der Projektgruppen im Quartier, keinesfalls aber das Engagement. Sie ist der politischen Dimension ihrer Rolle weiterhin bewußt und versucht, sie, möglichst auszubauen. So diskutiert sie intensiv den von Bausenator Ristock versprochenen Einsatz der ZIP-Mittel, der nach seiner Aussage, im Rahmen der Ziele der Strategien erfolgen sollte. In der Erkenntnis der politischen Brisanz des Themas fechtet sie in ihrem Sinne zwei erste Erfolge durch:

a) Es wird eine Bewertungsmethode SO 36 in Auftrag gegeben, die die Substanz der Häuser im Projektgebiet SO 36 u.a. nach den spezifischen sozial-strukturellen Kriterien von Kreuzberg bewerten soll.

b) Es bildet sich ein ZIP-Ausschuß in dem, Vertreter der PK zusammen mit Vertretern aus dem Bezirksamt und dem Senat, die Verträglichkeit der auf ZIP-Mitteln basierenden Modernisierungs-Anträgen mit den Zielen der Strategien prüft.

Die PK wird sich ihrer Funktion immer klarer und wirkt in dieser Funktion in dem Maße effektiv, wie es ihr die zeitlichen und Verfahrenszwänge in dieser Phase erlauben. Dabei sind gewisse Emanzipationserfolge des Gremiums unverkennbar, ob sie sich in der Auseinandersetzung mit dem Auslober oder mit der VG, oder in der Einschätzung der Projektgruppen zeigen.

#### Das Quartiersbüro „Strategien für Kreuzberg“ des Auslobers

Eine wichtige Rolle im bisherigen Projekt-Ablauf spielte auch das Quartiersbüro. Dieses Büro, als organisatorisches Rückgrat des Projektes, ist mit 5 Architekten-Planern (Werkverträge), sowie mit 5 weiteren Kräften (Architekten-Planer, Landschaftsplaner, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen) aus dem ABM-Programm besetzt. Abgesehen von der organisatorischen Betreuung aller Projektbeteiligten, fielen ihm immer mehr entscheidende inhaltliche Aufgaben zu, wie die inhaltliche Betreuung der PK, die Betreuung der PG, die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit.

Eine weitere wichtige Rolle des Quartiersbüros müßte betont werden, die als selbstverständlich erachtet wird, die aber in ihrer kommunal-politischen Relevanz und in ihrer Effizienz in einem partizipatorischen Ansatz, von den Beobachtern des Projektes verkannt wurde: Die Vermittlung sowohl eines horizontalen (Bürger-PK-PG), als auch vertikalen (Bürger-Verwaltung, PK-Verwaltung, PG-Verwaltung) Informationsflusses.

Für die 2. Phase kann rückblickend schon jetzt deutlich gesagt werden, daß alle wesentlichen Entscheidungsprozesse dann am erfolgreichsten waren, wenn der direkte Dialog zwischen PK und den 11 ausgewählten Projektgruppen auf der einen Seite, und dem Quartiersbüro und der übrigen Verwaltung auf der anderen Seite geführt wurde.

1) Breuer I, Ferger U., Kleimeier U.: „Stadterneuerung unter dem Aspekt der Erhaltung der Nutzungsstruktur, untersucht am Beispiel von Berlin-Kreuzberg — Görlitzer Bahnhof —, in Verbindung mit dem Wettbewerb „Strategien für Kreuzberg“, Diplomarbeit an der TU Berlin, 1977, Band II, S. 239f